

## Kommentar zu den Abstimmungen vom 9. Februar 2014

Autor: Martin Moor, Präsident CVP Küttigen-Rombach

### **FABI-Vorlage**

Die CVP freut sich über die Zustimmung zur FABI-Vorlage. Die Schweizer Bevölkerung sprach sich einmal mehr für ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz aus. Eine sinnvolle Kombination von öffentlichem und privatem Verkehr, von Schiene und Strasse, dient den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft am besten. Die CVP setzt sich für Transparenz der Finanzierungen und Leistungen (Entflechtung) der verschiedenen Bereiche ein. Die Annahme der Vorlage ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

### **Abtreibungs-Finanzierung**

Auch bei der Ablehnung der Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ folgten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Parolen der CVP, welche eine moderate Linie zu Gunsten der betroffenen Frauen vertrat und die Initiative ablehnte.

### **Masseneinwanderung**

Die dritte Vorlage („Masseneinwanderungs-Initiative“) führte zu einem Resultat, welches nicht der Abstimmungsempfehlung der CVP entsprach. Nach den ersten emotionalen Aufwallungen geht es darum, kühlen Kopfes die Kirche wieder ins Dorf zu stellen: Die ländliche Bevölkerung ist nicht thump und xenophob, die Romands sind nicht schlechtere Schweizer und die EU-Funktionäre täten gut daran, sich ernsthaft mit dem Demokratie-Defizit in der EU und den Schwachstellen ihres Binnenmarkts auseinander zu setzen.

Die Schweiz ist Integrations-Europameisterin! Mit Ausnahme des Spezialfalles Luxemburg (EU-Verwaltung) weist kein EU-Staat einen derart hohen Ausländeranteil von gegen 24% auf. Seit Jahrhunderten profitierten wir von massvollen Einwanderungsschüben, welche zur wirtschaftlich und kulturellen Blüte des Landes beitrugen: Weder die Gründung des modernen Bundesstaats 1848, noch die blühende Gründerzeit bis 1873, noch das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit (1950-1973) wäre ohne starke Impulse aus dem Ausland möglich gewesen. In diesem Bewusstsein stimmte die Bevölkerung 2002 und 2009 der Personenfreizügigkeit zu. Wenn nun die Hälfte der Bevölkerung die 10-fach über den Prognosen des Bundesrats liegende Einwanderungsmenge als zu hoch empfindet, hat dies nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun. Wenn das Pro-Kopf-Einkommen stagniert, die Infrastruktur an ihre Grenzen kommt und das Mittelland mit Wohnungseinheiten zubetoniert wird, liegen gute Gründe vor, sich dagegen zu wehren.

Demgegenüber sind auch die Sorgen der unterlegenen Initiativen-Gegner ernst zu nehmen. Es waren ebenfalls sehr gute Gründe, welche die Partei zur Ablehnung der Initiative bewogen. Die Verhandlungen mit der EU werden nicht einfach werden. Mit Mut, klaren Positionen und gutem Willen ist eine Einigung möglich. Die EU verteidigt

einen ihrer wichtigen Pfeiler des Binnenmarkts: Die Personenfreizügigkeit. Das ist stringent und nachvollziehbar. Aber sie blendet aus, dass die Schweiz nicht Teil des Binnenmarkt ist, sondern ein Drittstaat. Es geht daher nicht darum, ein Mitglied zu disziplinieren, sondern mit einem wichtigen Handelspartner einen „entgleisten“ Vertrag zu reparieren. Die aktuellen Drohungen und Trotzreaktionen zeigen zwei Dinge schonungslos: Erstens weiss die EU-Spitze genau, dass die Personenfreizügigkeit ihres Binnenmarkts Konstruktionsmängel aufweist. Das Abstimmungsresultat ist eine peinliche Ohrfeige mit blossstellender Innenwirkung. Zweitens hat die EU noch nicht akzeptiert, dass ein Kleinstaat im Herzen Europas unabhängig bleiben will.

Nach dieser wichtigen Abstimmung ist nicht nur der Bundesrat in der Pflicht, harte Verhandlungen zu führen. Wir müssen auch heilen, Gräben zuschütten. In guteidge-nössischer Tradition uns die Hände reichen. Stadt und Land, Deutschschweiz und Romandie, Schweizer und Ausländer. Gerade Letztere verdienen ein klares Signal, dass sie in der Schweiz, in Küttigen, willkommen sind, dass wir ihre Beiträge an die Gemeinschaft, an unsere Kultur und Wirtschaft schätzen.

In diesem Sinne ist die CVP Küttigen-Rombach offen für alle Einwohner- und Einwohnerinnen von Küttigen, welche sich mit unseren Zielen identifizieren. Wir unterscheiden nicht Bürger erster und zweiter Klasse. Insbesondere schätzen wir Neuzuzüger und lange Ansässige, Küttiger und Rombächler und selbstverständliche auch Ausländerinnen und Ausländer, gleichermassen.